

abends

# Sächsische Volkszeitung

Geschäftsstelle und Redaktion: Dresden-N. 16, Gelbfeldstraße 46. Fernsprecher 21366. Postfachkonto Leipzig Nr. 14797

**Abgabepreise:**  
Ausgabe A mit illustrierter Beilage wochentlich 2.50 M. In Dresden und ganz Sachsen land und Post 3.50 M. in Ostpreußen 6.40 K.  
Ausgabe B wochentlich 2.50 M. In Dresden und ganz Deutschland frei Haus 3.- M. in Ostpreußen 5.50 K.  
Einzelnummer 10 J.  
Die Sächsische Volkszeitung erscheint an allen Wochentagen nachmittags.

**Wichtiges:**  
Ausgabe von Beilagen bis 10 Uhr, von Familienangelegenheiten bis 11 Uhr vorm.  
Preis für die Post-Beilage 25 J. im Reichsmittel 80 J. Familienangelegenheiten 20 J.  
Für unbeschränkt geführte, sowie durch Berechnung aufgebundene Familien können die Beilagen auch für die Beilagen des Tages nicht übernommen.  
Erschließung der Beilagen 11-12 Uhr vorm.

**Einzigste katholische Tageszeitung in Sachsen.**

**Organ der Zentrumspartei.**

**Ausgabe A mit illustrierter Unterhaltungsbeilage und relig. Wochenbeilage (Freitagabend). Ausgabe B nur mit der Wochenbeilage.**

## Zittauer Nachlese.

Zittau ist nicht die geringste unter den Städten, denn sie hat eine „Morgenzeitung“ und die ist freisinnig. Mit Dank erkennen wir an, daß sie so freundlich ist, in ihrer Nummer vom 1. Februar 1919 einer Versammlung der Deutschen Demokratischen Partei nur eine halbe Spalte, der Versammlung der Zentrumspartei am Tage zuvor aber eine ganze zu widmen. Von dieser Spalte kommen auf meine Ausführungen allein etwa 80 Prozent. Das Blatt meint einleitend, es hätten sich „gegen 500 Personen eingefunden, wobei die Zahl der Frauen überwog“, was das Blatt über zu nehmen scheint. Mit Verlaub: Der Sonnenfall war gefüllt und er faßt mehr als 500 Personen. Es waren schlecht gerechnet gegen 900 Personen anwesend, darunter erfreulicherweise eine große Anzahl evangelischer Mitglieder. Es wäre allerdings zuviel verlangt von dem Zittauer freisinnigen Organ, das zuzugeben, nachdem es von der tags darauf abgehaltenen demokratischen Versammlung erklären muß, daß sich „in der Besucherzahl leider schon erkennen ließ, daß man nachgerade etwas versammlungsmüde geworden ist“. Wir verstehen den Schmerz des Zittauer Freisinnigen ob des glänzenden Besuchs der Zentrumsversammlung. Daß die „Zittauer Morgenzeitung“ meine Rede nach allen Regeln der Kunst verleiht, nehme ich ihr nicht im entferntesten übel. Es würde für mich das natürlichste keine Veranlassung sein, an dieser Stelle dazu Stellung zu nehmen. Aber der Bericht ist mit schweren Vorwürfen gegen die Zentrumspartei verquast, was zur Erwiderung herausfordert. Die „Zittauer Morgenzeitung“ schreibt:

„Der Referent nahm sodann Gelegenheit, sich an der Deutschen Demokratischen Partei zu reiben, die es strikte abgelehnt habe, seine Listen mit denen des Zentrums zu verbinden. Er ging dabei recht forsch ins Werk, schien sich aber wohl nicht überlegt zu haben, in welches Licht sich derjenige stellt, der mit jemanden erst in Verbindung treten will, dann den Betroffenen gründlich schlecht macht, wenn er sich einen Korb geholt hat.“

Man soll nicht von Dingen sprechen, von denen man keine Ahnung hat. Wir wollen der „Zittauer Morgenzg.“ damit zubilligen, daß sie im guten Glauben handelt und nicht weiß, wie die Dinge sich entwickelt haben. Sie darf aber überzeugt sein, daß das Zentrum der Demokratischen Partei nicht nachgelaufen ist und niemals nachlaufen wird. Nach dem Ausbruch der Revolution wurde vielmehr in einem großen Teil der bürgerlichen Presse, einschließlich verschiedener demokratischer Blätter, dem Gedanken Ausdruck gegeben, es möge gegenüber der Sozialdemokratischen Partei eine einheitliche bürgerliche Front zustande kommen. Auch in manchen demokratischen Kreisen wurde dieser Gedanke sympathisch aufgenommen, bis dann plötzlich von der Zentralleitung der Demokratischen Partei in Berlin erklärt wurde, daß eine Listenverbindung mit den anderen bürgerlichen Parteien abzulehnen sei. So und nicht anders ist der Sachverhalt. Gewiß haben dann auch in Sachsen Verhandlungen auf diesem Gebiete stattgefunden, und zwar von sämtlichen bürgerlichen Parteien. Aber es ist geradezu lächerlich, zu behaupten, daß wir uns einen Korb geholt hätten. Die Schuld, daß eine Front gegen die Sozialdemokratie nicht zustande kam, trägt die Demokratische Partei. Und wir werden uns nach wie vor erlauben, in entsprechender Weise darauf aufmerksam zu machen. Das Blatt spricht dann weiter davon, es sei in der Versammlung „antisemitischen Gefühlen“ Ausdruck gegeben worden. Soweit meine Person in Frage kommt, muß ich das als unwahr entschieden zurückweisen. Soweit ich mich entsinne, ist nur in der Diskussion aus der Versammlung ein solcher Zwischenruf erfolgt, und zwar infolge des Lobliedes, das der freisinnige Redner Lehner Thieme aus Zeitendorf schließlich auf die Demokratie und — die Sozialdemokratie anstimmte.

Das Zentrum ist gegen jeden Rassenhass und daher auch nicht antisemitisch. Haben doch selbst gläubige Juden mit dem Frankfurter Rabbiner Dr. May an der Spitze jetzt ihren Anschluß an die Zentrumspartei erklärt. Aber gerade in den Kreisen der gläubigen Juden selbst berührt es auf das Unangenehmste, daß die Träger des Revolutionsgedankens bei uns zu 90 Prozent ungläubige Juden sind. Schließlich wird in dem Bericht des Zittauer Blattes noch schlaendes gesagt:

„Bedeutungsvoll war, daß der Referent auch wieder mit dem verächtlichen Wort vom Seidenpapier gruseln machen wollte. Die Vorführung, wie der dies Wort: trotz der mehrfachen Richtigstellung diesmal vorgebracht wurde, kann es nicht authentisch machen. Bekanntlich lautete es: Von

der Sozialdemokratie trennt uns nur die Dünne eines Seidenpapiers in Kultur- und Menschheitsfragen.“

Das Blatt behauptet nun, ich hätte das Wort verflümmelt wiedergegeben und lagt mir in diesem Zusammenhang einige Liebenswürdigkeiten, die von seiner guten Kinderstube Zeugnis ablegen. Ich wüßte aber wirklich nicht, daß ich in Zittau etwas anderes gesagt hätte. Vielleicht habe ich das Wort „Menschheitsfragen“ weggelassen. Die „Morgenzeitung“ in Zittau hat aber mit dieser Anführung ihrer Sache einen recht schlechten Dienst erwiesen. Also in Kultur- und Menschheitsfragen! Das ist so ziemlich alles, was im Leben in Frage kommt und wenn das vom Führer der Demokratischen Partei gesagt worden ist — und es ist gesagt worden — dann ist allerdings sogar der Seidenpapiervergleich noch falsch. Dann bedarf es nicht einmal mehr solcher Wand. Ist bin aber nicht so boshaft, dem Zittauer Blatte die „erforderliche Annehmlichkeit“ abzuspreden. Solche und ähnliche Vorwürfe und Angriffe wie die vom „Einwelsang“ überlassen wir mit größtem Vergnügen dem Zittauer Freisinnigen, dessen Blatt in seiner Bibliothek ein wertvolles Buch zu fehlen scheint: Knigge Umgang mit Menschen. Denn wir können uns nicht denken, daß bei Bekanntschaft mit diesem Buche eine so einseitige Verichterstattung über das Rededuell zwischen Herrn Thieme und Herrn Pfarrer Grohmann möglich gewesen wäre. Lehner Thieme griff in ungläublicher Weise den Herrn Pfarrer von Zeitendorf an und bezichtigte ihn der Intoleranz gegenüber den Protestanten. Nun stellte sich aber bald heraus, daß Herr Pfarrer Grohmann nichts anderes getan hat, als daß er sich gegen das Neuheidentum des Lehrers Thieme wandte unter ausdrücklicher Betonung dessen, was uns mit den gläubigen Evangelischen einigt. In dem Berichte des genannten Zittauer Organs heißt es aber vom Herrn Pfarrer Grohmann einfach, er habe Herrn Thieme „den Vorwurf des Unglaubens gemacht“. Davon daß Herr Thieme zuerst Herrn Pfarrer Grohmann persönlich angegriffen und damit beleidigt hat, dürfen die Leser des freisinnigen Blattes nichts erfahren. Sehr gut hat allerdings dieser Vertreter der Demokratie des Zittauer Landes bei der Erwiderung nicht abgesehen und darum hängt wohl sein Organ freundlichst den Mantel der Liebe darüber.

Wenn die Morgenzeitung auch berichtet, daß am Tage nachher die Rednerin in der Deutschen Demokratischen Partei „liebevoll auf die Frage der Trennung von Kirche und Staat, der Trennung von Kirche und Schule und auf die Einheitsfront eintraf“, so können derartige Höflichkeit doch keinen politisch gereiften Menschen mehr über den wahren Charakter der unter Führung des „Berliner Tageblattes“ stehenden Demokratischen Partei hinwegtäuschen.

Zurzeit Breslau, 4. Februar 1919. hsl.

## Eröffnung der Nationalversammlung.

Der Sitzungssaal ist schon vor der Eröffnung voll besetzt. Sämtliche Zuhörerräume sind überfüllt. An den Tischen für die Volksbeauftragten und Staatssekretäre und für die Vertreter der einzelstaatlichen Regierungen haben Ebert, Schönbemann, Landsberg, Wissel, Erbberger, Hirsch, Südekum, Unterstaatssekretär Baake usw. Platz genommen. Pünktlich um 3 1/2 Uhr nachmittags eröffnet der Volksbeauftragte Ebert die Versammlung mit folgender Ansprache:

### Die Rede Eberts.

Meine Damen und Herren! Die Reichsregierung begrüßt durch mich die verfassunggebende Versammlung der deutschen Nation. Besonders herzlich begrüße ich die Frauen, die zum ersten Male gleichberechtigt im Reichsparlament erscheinen. Die provisorische Regierung verdankt ihr Mandat der Revolution. Sie wird es in die Hände der Nationalversammlung zurücklegen. (Beif. l.) In der Revolution erhob sich das deutsche Volk gegen eine veraltete zusammenbrechende Gewalt Herrschaft. (Beif. rechts) Sobald das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes gesichert ist, lehrt es zurück auf den Weg der Gelmäßigkeit. Nur auf der breiten Heerstraße der parlamentarischen Beratung und Beschlußfassung können sich die unaufschiebbaren Veränderungen auf wirtschaftlichem und sozialem Gebiete vorwärtsbringen, ohne das Reich und seine Wirtschaftslage zugrunde zu richten. (Sehr wahr!) Deshalb begrüßt die Regierung in dieser Nationalversammlung den

größten und einzigen Souverän in Deutschland.

Mit den alten Königen und Fürsten von Gottes Gnaden ist es für immer vorbei. (Beifall links. Zwischen rechts. Wiederholter starker Beifall links. Rufe rechts: Abwarten!) Wir verwehren niemandem eine sentimentale Erinnerungsfest, aber so gewiß diese Nationalversammlung eine große republikanische Mehrheit hat, so gewiß sind die alten ausgegebenen Abhängigkeiten für immer beseitigt. Das deutsche Volk ist frei und regiert in alle Zukunft sich selbst. (Zuruf von den Unabh. Soz.: Mit Rosten!) Diese Freiheit ist der einzige Trost, der dem deutschen Volk geblieben ist, auf dem es sich aus dem Blutsumpf des Krieges wieder herausarbeiten kann. Wir haben den Krieg verloren. Diese Tatsache ist keine Folge der Revolution. (Rufe rechts: Oho! Rufe links: Nein, niemals!) Meine Damen und Herren! Es war die kaiserliche Regierung des Prinzen Max von Baden, die den Waffenstillstand einleitete und uns wehrlos machte. (Zurufe: Ludendorff hat es gemacht!) Nach dem Zusammenbruch unserer Verbündeten und angesichts der militärischen und wirtschaftlichen Lage konnte sie nicht anders handeln. (Sehr wahr!) Die Revolution lehnt die Verantwortung für das Elend ab, in das die verkehrte Politik der alten Gewalten und der leidenschaftlichen Uebermut der Militaristen das deutsche Volk gestürzt haben. (Sehr wahr und lebhaftes Bravo! bei den Soz., Widerspruch rechts.) Sie ist auch nicht verantwortlich für unsere schwere Lebensmittellage. (Sehr wahr! Widerspruch und Zurufe: Soldatenräte!) Die Tatsache, daß wir durch die Hungerblöde die Hunderttausende von Menschenleben verloren haben, daß ihr Hunderttausende von Männern, Frauen und Kindern zum Opfer gefallen sind, tötet die Redensart, daß wir ohne Niederlage und Lebensmittellage den gegnerischen Mächten ausgeliefert haben. Aber nicht nur uns, auch unsere Gegner hat der Krieg sehr erschöpft. Aus dem Gefühl der Erschöpfung bei unseren Gegnern entspringt ihr Bestreben, sich schüchtern zu halten am deutschen Volk, und aus diesem Gefühl wird der

### Ausbeutungsgedanke in das Friedenswort

hineingetragen. Diese Klage- und Vergewaltigungspläne fordern den schärfsten Protest heraus. (Lebhaftes allseitige Zustimmung.) Das deutsche Volk kann nicht auf 20, 40 oder 60 Jahre zum Lohnsklaven anderer Länder gemacht werden. (Erneuter Beifall und Zustimmung.) Das unerbittliche Unglück des Krieges für ganz Europa kann nur wieder gutgemacht werden durch Hand-in-Hand-gehen der Völker. (Beifall und Zustimmung.) Angesichts des Massenlebens auf allen Seiten erscheint die Schuldfrage beinahe klein. Gleichwohl ist das deutsche Volk entschlossen, alle zur Verantwortung zu ziehen, denen ein absichtliches Verschulden oder eine absichtliche Niedertracht nachgewiesen werden kann. Aber man soll nicht diejenigen strafen, die selbst Opfer waren — Opfer des Krieges, Opfer unserer früheren Unfreiheit. (Sehr wahr! bei den Soz.) Weisheit aber nach ihren eigenen Zeugnissen unsere Gegner gekämpft? Um den Kaiserismus zu vernichten. Es gibt ihn heute nicht mehr, er ist für immer erledigt. Die Tatsache dieser Nationalversammlung selbst zeigt es. Sie haben gekämpft, um den Militarismus zu zerstören — er ist in Trümmern gestürzt, er wird nicht mehr ersehen. (Zurufe bei den Unabhängigen: Sie richten ihn wieder auf!) Für Gerechtigkeit, Freiheit und einen Dauerfrieden haben unsere Gegner nach ihren feierlichen Proklamationen kämpfen wollen. Die

### Waffenstillstandsbedingungen sind aber unerträglich hart

gemeinen und schonungslos durchgeführt worden. Esag wird ohne weiteres als französisches Land behandelt. Die von uns ausgeschriebenen Wahlen zur Nationalversammlung sind widerrechtlich verhindert worden. (Beif. links) Die Deutschen werden aus dem Lande getrieben (erneute Zurufe) und ihr Besitz wird konfisziert. Das besetzte Ostpreussische Gebiet wird vom übrigen Deutschland abgeschloffen (Zurufe bei den Unabh. Soz.: Weimar wird auch abgeschloffen!). Die Bestimmung des Waffenstillstandsvertrages, daß keine öffentlichen Werte verschleudert werden sollen, wird ungeheuer ausgeweitet gesucht zu einer allg. meinen geldwirtschaftlichen Verklammerung des deutschen Volkes. Während wir längst außerstande sind, den Waffengang zu erneuern, werden unsere 800 000 Kriegsgefangenen noch immer zurückgehalten und sind von sechstem Zusammenbruch und harter Zwangsarbeit auf schwerste bedroht. (Zurufe und Zurufe auf der äußersten Linken: Wir behalten ja die Waffen auch noch!) Aus diesen Akten der Gewaltpolitik spricht kein Geist der Veröhnlichkeit. (Zustimmung.) Die Waffenstillstandsbedingungen waren und wurden damit begründet, daß sie dem alten Regime der Hohenzollern auferlegt waren. Wie will man es rechtfertigen, daß man sie der jungen sozialistischen Republik fortwährend verschärft, obwohl wir alle Kräfte einsetzen,

den uns auferlegten schwereren Verpflichtungen gerecht zu werden.

Wir warnen die Gegner, uns nicht zum äußersten zu treiben. Wie General v. Winterfeldt heute eines Tages jede deutsche Regierung gezwungen sein, auf weitere Mitwirkung an den Friedensverhandlungen zu verzichten und den Gegnern die ganze Last der Verantwortung für die Neugestaltung der Welt zuzuschleudern. (Bewegung.)

Man stelle uns nicht vor die vorhängiswolle Wahl zwischen Verzweiflung und Schwach. Auch eine sozialistische Vollregierung und gerade diese muß daran festhalten, lieber ärgste Entbehrung als Entehrung. (Lebhafte Zustimmung.) Wenn zu den Millionen, die im Kriege alles verloren haben und nichts weiter zu verlieren befürchten, auch noch diejenigen kämen, die glauben, Deutschland hat nichts zu verlieren, dann wird sich unwiderrücklich die Taktik der Verzweiflung durchsetzen. Im Vertrauen auf die Grundsätze des Präsidenten Wilson hat Deutschland die Waffen niedergelegt. Jetzt gebe man uns den Wilson-Frieden, auf den wir Anspruch haben. (Bravo!) Unsere freie Volkrepublik, das ganze deutsche Volk erstrebt nichts anderes, als gleichberechtigt in den Bund der Völker einzutreten und sich dort durch Fleiß und Tüchtigkeit eine geachtete Stellung zu erwerben. (Allgemeine Zustimmung.) Deutschland kann der Welt noch vieles leisten. Ein Deutscher hat den Arbeitern aller Völker den wirtschaftlichen Sozialismus geschenkt. Wir sind auf dem Wege, der Welt einmal sozialistisch voranzuschreiten, indem wir dienen dem Sozialismus, der verbundene Wirklichkeit. Wir wenden uns nochmals an alle Völker der Welt mit dem dringenden Appell, dem deutschen Volke Gerechtigkeit widerfahren zu lassen, durch Vergewaltigung unseres Volkes und unserer Wirtschaft nicht zu vernichten, was sich trotzdem hoffnungsvoll bei uns anbahnt. Das deutsche Volk hat sich sein Selbstbestimmungsrecht im Innern erkämpft, es kann es nach außen nicht preisgeben. Wir können auch nicht darauf verzichten, die ganze deutsche Nation im Rahmen eines Reiches zu erigen. Unsere deutschösterreichischen Brüder haben auch in ihrer Nationalversammlung bereits am 12. November vorigen Jahres sich als Teile der großen deutschen Republik erklärt. (Beifall.) Jetzt hat die deutschösterreichische Nationalversammlung erneut unter stürmischer Begeisterung uns ihren Gruß entboten und die Hoffnung ausgesprochen, daß es unserer und ihrer Nationalversammlung gelingen werde, die Bande, die die Gewalt 1868 gerissen hat, wieder neu zu knüpfen. (Beifall.)

Deutschösterreich muß mit dem Mutterlande für alle Zeit vereinigt werden.

(Beifall.) Ich bin sicher, im Sinne der gesamten Nationalversammlung zu sprechen, wenn ich diese historische Kundgebung aufrichtig und voll Freude begrüße und sie mit herzlichster Brüderlichkeit erwidere. (Lebhafte Beifall.) Unsere Stammes- und Schicksalsgenossen dürfen versichert sein, daß wir sie im neuen Reiche der deutschen Nationen mit offenen Armen und Herzen willkommen heißen. (Beifall.) Sie gehören zu uns und wir gehören zu ihnen. (Beifall.) Ich darf auch die Erwartung aussprechen, daß die Nationalversammlung der künftigen Reichsregierung die Ermächtigung geben wird, baldigst mit der Regierung des deutschösterreichischen Freistaates über den endgültigen Zusammenschluß zu verhandeln. (Bravo!) Dann soll kein Grenzstreit mehr zwischen uns sein, dann wollen wir sein ein einzig Volk von Brüdern. (Lebhafte Beifall.) Deutschland darf nicht wieder dem alten Elend und der Verengung anheimfallen. Geschichte und Vergangenheit hemmen zwar die Bildung eines stramm zentralisierten Einheitsstaates, aber die verschiedenen Stämme und Dialekte müssen zu einer Nation und zu einer Sprache zusammenklingen. Nur eine große einheitliche Entwicklungsmöglichkeit unseres Wirtschaftslebens, ein politisch aktionsfähiges, festgefügt und einiges Deutschland kann die Zukunft unseres Volkes sicherstellen. (Bravo!)

Die provisorische Regierung hat eine sehr üble Erbschaft angetreten. Wir waren die Konkursverwalter des alten Regimes. (Sehr wahr! links, Widerspruch rechts, verstärkte Zustimmung von links.) Wir haben, gestützt und gefördert vom Zentralrat der deutschen Arbeiter- und Soldatenräte (Widerspruch und Lachen rechts, Ebert widerholt nachdrücklich die letzten Worte. Lebhaftige Zustimmung links), unsere Kraft eingesetzt, die Gefahr und das

Elend der Übergangszeit

zu überwinden. Wir haben alles getan, um das Wirtschaftsleben wieder in Gang zu bringen. (Widerspruch rechts.) Diese fortgesetzten Unterbrechungen (zur Rechten gewendet) lassen wahrnehmlich erkennen, daß Sie in dieser schweren Zeit, die Deutschland in den letzten Wochen und Monaten durchgemacht hat, herzlich wenig gelernt haben! (Stürmische Zustimmung links.) Wenn der Erfolg unserer Arbeit nicht unseren Wünschen entspricht, so müssen die Gründe gerecht gemüßigt werden. Viele Unternehmer haben, verwöhnt durch die hohen sicheren Gewinne, die ihnen die Kriegswirtschaft unter dem alten monarchischen protektionistischen Staate verschafft, es verabsäumt, die notwendige Initiative zu entfalten. Wir rüsten an die Unternehmer den dringenden Appell, die Wiederbelebung der Produktion mit allen Mitteln zu fördern. Auf der anderen Seite rufen wir die Arbeiterschaft auf, alle Kräfte anzuspinnen zur Arbeit, die allein uns retten kann. Wir haben Verständnis für die feilsche Stimmung derer, die nach übermäßigen Kraftaufgaben in der Kriegszeit jetzt eine Entspannung suchen. Wir wissen, wie schwer es denen, die jahrelang im Felde gelebt haben, sein muß, sich wieder in die friedliche Arbeit hineinzufinden. Aber es muß sein. Wir müssen arbeiten und Werte schaffen, sonst geben wir zugrunde. Sozialismus ist nach unserer Auffassung nur möglich, wenn die Produktion eine genügend hohe Stufe der Arbeitsleistung innehat. Sozialismus ist uns Organisation, Ordnung und Solidarität, nicht Eigenmächtigkeit, Widerspenstigkeit und

Zerstörung. Auch der alte Staat hätte es nicht vermeiden können, zur Deckung der ungeheuren Kriegsschulden die Staatswirtschaft weiter auszubauen. In der Zeit der allgemeinen Not darf es für Privatmonopole und mühselige Kapitalprofite keinen Raum mehr geben. Deshalb wollen wir planmäßig den Profit da ausschalten, wo die wirtschaftliche Entwicklung ein Gebot zur Vergesellschaftung reifgemacht hat. (Bravo! links.) Sorgenvoll blickt uns die Zukunft an. Wir vertrauen aber trotz alledem auf die unverwundliche Schaffenskraft der deutschen Nation. Die alten Grundlagen der deutschen Machtstellung sind für immer zerbrochen. Die preussische Hegemonie, das Hohenzollernsche Meer, die Politik der schimmernden Wehr sind bei uns für alle Zukunft unmöglich gemacht. Wie der 9. November 1918 angeknüpft hat an den 18. März 1848, so müssen wir hier in Weimar die Wandlung vollziehen vom Imperialismus zum Idealismus, von der Weltmacht zur geistigen Größe. Es charakterisiert durchaus die nur auf äußeren Glanz gestellte Zeit der Wilhelminischen Ära das Lassalische Wort, daß die klassischen deutschen Denker und Dichter nur im Kranichzug über sie hinweggezogen seien. Jetzt muß der Geist von Weimar, der Geist der großen Philosophen und Dichter wieder unser Leben erfüllen, es erfüllen von dem Geiste, der im zweiten Teile des Faust und in Wilhelm Meisters Wanderjahren niedergelegt ist. Nicht ins Unendliche schweifen und sich nicht ins Theoretische verlieren, nicht zaudern und nicht schwanken, sondern mit klarem Blick und fester Hand ins praktische Leben hineingreifen, denn der Mensch, der zur schwankenden Zeit auch schwankend gefinnt ist, der vermehrt das Uebel und leidet es weiter. Aber wer fest auf dem Sinn beharrt, der bildet die Welt sich. So wollen wir an die Arbeit gehen, unser großes Ziel fest vor Augen, und das Recht des deutschen Volkes wahren, in Deutschland eine starke Demokratie verankern und sie mit wahren sozialen Geiste und sozialistischer Art erfüllen. So wollen wir wahrnehmen, was Fichte der deutschen Nation als ihre Bestimmung aufgegeben hat: Wir wollen errichten ein Reich des Rechtes und der Wahrigkeit, gegründet auf Gleichheit alles dessen, was Menschenantlig trägt. (Lebh. Beifall u. Händeklatschen b. d. Mehrheit.)

Hierauf richtete Alterspräsident Pfannkuch folgende Ansprache an die Versammlung: Ich bekenne, die Uebnahme der Würde des Alterspräsidenten an meinem Lebensabend bereitet mir eine große Freude und Gemütigung. Den deutschen Volksstaat, das Ideal, dem ich seit meiner frühesten Jugend mit aller Kraft und Hingabe gedient habe, sehe ich der Verwirklichung entgegenreizen. Sie wollen deshalb in mir Alten nur einen Vertreter des ewig jungen Gedankens der Volksfreiheit sehen, die durch diese Nationalversammlung in Deutschland zur Wirklichkeit geworden ist. Wir stehen an einer Schicksalswendung des deutschen Volkes. Die alten Gewalten, die Deutschland vor dem Kriege regierten, stützten sich nicht auf den ausgesprochenen Willen der Volksmehrheit sondern erhoben den Anspruch, aus eigenem Recht zu regieren durch eine besondere göttliche Berufung. Jetzt ist das deutsche Volk ein eigener Herr, seine eigene oberste Gewalt geworden. Es muß die große Prüfung bestehen, ob es reif ist, in Freiheit zu leben, oder ob es wiederum unter die brutale Gewaltheerrschaft einer Minderheit sich beugen soll. Diese Nationalversammlung ist der Ausdruck des Willens der deutschen Nation. Sie allein hat von heute an in Deutschland zu entscheiden. Sie allein trägt die Verantwortung für Deutschlands Zukunft. Von der Durchsetzung der allgemeinen Anerkennung der Beschlüsse dieser Versammlung hängt es ab, ob das deutsche Volk in Zukunft sich selber in Freiheit regieren wird. Die Nationalversammlung ist die deutsche Demokratie selbst. Wer ihr die unumchränkte Gewalt zu schmälern versucht, der frevelt an des deutschen Volkes Majestät und Freiheit. Wenn der Wille der großen Mehrheit des deutschen Volkes entscheidet, dann muß es ihm auch gelingen; sich in sozialer Hinsicht aus dem schweren Sturz, den es erlitten, wieder zu erheben, um sich einen ehrenvollen Platz im Bunde der Völker zu sichern. Ungeheuer groß ist die Aufgabe, das deutsche Volk aus allen diesen Nöten zu retten. Die ganze deutsche Nation innerhalb und außerhalb der Reichsgrenzen blickt erwartungsvoll auf diese Versammlung. Seien wir würdig unserer ungeheuren Aufgabe! Tun wir alle unsere Pflicht mit der Liebe zum deutschen Volke und zur deutschen Freiheit, die unser aller Herzen und Köpfe erfüllt! Deutschland soll wieder groß werden in der Welt, nicht mit Gewalttaten des Krieges, sondern durch die befreiende Gewalt des Friedens. Lassen Sie sich in Ihren Beratungen und Beschlüssen stets leiten von dem Grundsatz: Alles für das Volk und alles durch das Volk! Das ist der Segenswunsch, mit dem ich die Tagung der Nationalversammlung eröffne.

Sodann wurde auf Vorschlag des Alterspräsidenten die Geschäftsordnung des Reichstags vorläufig angenommen. Der Präsident ernannte nach § 1 der Geschäftsordnung zu provisorischen Schriftführern die Abgg. Fischer (Berlin, Soz.), Dr. Reumann-Hofer (Demokrat), Dr. Pfeiffer (Zentrum) und Walfewitz (Deutschnat. Vp.)

Der Namensaufruf ergibt die Anwesenheit von 397 Abgeordneten. Die Mehrheit beträgt 211. Die Nationalversammlung ist daher beschlußfähig.

Alterspräsident Pfannkuch beraumt die nächste Sitzung auf Freitag 3 Uhr an. Tagesordnung: Wahl des Präsidenten, der Vizepräsidenten und der Schriftführer. Schluß gegen 5 Uhr.

Weimar, 6. Februar. Schon vor 2 Uhr begann die Ansammlung der Bevölkerung vor dem Nationaltheater, um die Ankunft der Abgeordneten zu erwarten. Vor dem Hause war eine Ehrenkompanie aufgestellt. Im übrigen war keinerlei Absperrung oder sonstige Behinderungsmahregel getroffen worden. In der dritten Stunde trafen nach und nach die Abgeordneten ein, unter denen die weiblichen Mitglieder naturgemäß besonderes Interesse erregten. Das Haus selbst war entsprechend geschmückt. Die Estrade trägt sowohl

vor dem Plaze des Präsidenten, wie auch vor den Bänken der Reichsregierung und der Vertreter der Einzelstaaten reichen Blumenschmuck, der den angenehmen Eindruck des festlichen Raumes noch erhöht. Bis gegen Mittag war die Ankunft von etwa 400 Abgeordneten bekannt, so daß die Versammlung ziemlich vollständig sein wird. Auch die Presse ist außerordentlich zahlreich vertreten. — Weimar prangt heute zu Ehren der bevorstehenden Eröffnung der Nationalversammlung in vollem Flaggen Schmuck. Der festliche Tag wurde durch Gottesdienste in der katholischen und protestantischen Kirche eingeleitet.

Beratungen.

Weimar, 6. Februar. Gegen 11 Uhr traten die Führer der einzelnen Fraktionen mit den Volksbeauftragten und den in Weimar anwesenden Staatssekretären zu einer Besprechung im Schlosse zusammen. An den Verhandlungen nahmen u. a. teil für die Demokratische Partei Abg. von Bayer, für die Mehrheitssozialisten Abg. Dr. David, für das Zentrum der Abg. Gröber und für die Unabhängigen der Abg. Gasse. Es wurden die Zusammenlegung des Präsidiums der Nationalversammlung, die zu schaffende Geschäftsordnung und das Diätengesetz für die Abgeordneten durchberaten.

Weimar, 7. Februar. Nach Beendigung der Sitzung traten die Fraktionen wiederum zusammen. Die Sozialdemokratie hat nach Verzicht des Abg. Hildenbrandt (Stuttgart) als ihren Kandidaten für den Präsidenten der Nationalversammlung den Unterstaatssekretär Dr. David bestimmt. Die Demokraten haben beschlossen, den Staatssekretär a. D. Konrad Hauemann als Kandidaten für den Posten des Vizepräsidenten zu präsentieren. Zum Vorstand der Demokratischen Fraktion wurde der Abg. von Bayer gewählt, zu stellvertretenden Vorsitzenden die Abgg. Schiffer, Raumann und Petersen.

Pressestimmen.

Von der ersten Sitzung der Nationalversammlung hebt die „Voss. Ztg.“ hervor, daß auch nicht der leiseste Versuch einer Störung noch angedacht wurde.

Im „Verl. Tageblatt“ heißt es: Wie die Veranstaltung einfach war, so war auch die Rede Eberts durch seinen rednerischen Schmuck erchwärmt. Nur zum Schlusse kam er in dieser Stadt wohl unvermeidliche Hinweis auf den Geist Weimars, auf den Geist der großen Philosophen und Dichter und Fichte-Zitate.

Wie der „Vorwärts“ sagt, machte die Ankündigung Eberts: „Die deutsche Regierung werde einen Frieden der Gewalt nicht unterzeichnen“, den stärksten Eindruck. Sie werde auch über das Deutsche Reich hinaus ihre Wellen werfen. Das Ausland erfahre aus ihr, daß es Grenzen der Macht gebe, die auch der Stärkste nicht überschreiten dürfe und daß kein Volk, zumal ein so großes wie das deutsche, so wehrlos sei, um nicht immer noch Schutz zu finden an seinem Recht und seiner Zukunft.

Der Bolschewismus in Deutschland.

Die Kämpfe in Bremen.

Hannover, 6. Februar. Nach Meldungen aus Verden an der Aller ist auch der Bremer Hafen von den Regierungstruppen besetzt worden. Die auf einigen Schiffen Widerstand leistenden Arbeiter gaben nach einigen Volltreffern der Regierungstruppen den Kampf auf. Auf den Werften wurde mehrfach Widerstand versucht, diese sind aber gleichfalls seit gestern abend fest in den Händen der Regierungstruppen. Die Spartakiden hatten in den beiden letzten Tagen mit gewalttätiger Enteignung in den Bürgerhäusern begonnen.

Die Unruhen in Kiel.

Kiel, 6. Februar. Bei den gestrigen Vorgängen in Kiel sind acht Personen getötet und 28 verwundet worden. Heute hat der A- und S-Rat ein Flugblatt erlassen, in dem er die Regierung dringend auffordert, den Konflikt in Bremen auf dem Verhandlungswege beizulegen und die Division Gerstenberg aus Bremen zurückzuziehen.

Nach Bremen und Hamburg nun Lübeck.

Der Lübecker Soldatenrat ist jetzt auch zum portakidischen Lager übergegangen. Er ließ die Lübecker Garnison alarmieren und forderte sie unter Entbindung von dem der Reichsregierung geleisteten Treueid auf, nach Bremen zu gehen und den dortigen Fremden gegen die Regierungstruppen zu helfen. Die Garnison wies dieses Ansuchen entschieden zurück, so daß der Soldatenrat von seinem Vorhaben absehen mußte. Er besetzte das Post- und Telegraphenamt, um die Entsendung von regierungstreuen Truppen nach Lübeck und Hamburg zu verhindern. Das Personal des Telegraphenamtes stellte darauf den Dienst ein, der Betrieb wurde jedoch nach einer Stunde wieder aufgenommen, nachdem der Soldatenrat seine Forderungen restlos zurückgenommen hatte. Der Soldatenrat will den Bahnhof Wüden besetzen, um Truppentransporte zu entwarenen. Die Lübeck-Lüchener Eisenbahn wird diesen Plan dadurch vereiteln, daß sie den Betrieb einstellt.

Die Beamtenstreiks gegen Spartakus.

Hamburg, 5. Februar. Wie der Zentralbeamtenrat mitteilt, ist die Arbeitsniederlegung der Beamenschaft nach Zufriedenstellenden Zusicherungen seitens der A- und S-Räte beendet worden.

Einigungsverhandlungen in Hamburg.

Berlin, 6. Februar. In Hamburg sind Einigungsverhandlungen zwischen der gesamten Beamenschaft und den Parteioorganisationen nachts über geführt worden und haben zu dem Ergebnis geführt, daß die Resolution Dr. Lauffenbergs sofort rückgängig gemacht wird. Die Entwaffnung der gesamten Arbeiterschaft wird umgehend vorgenommen. Truppen sendungen nach Bremen werden rückgängig gemacht.

Der A. und S.-Rat verpflichtet sich, keinerlei Maßnahmen zu treffen, die gegen die Regierung gerichtet sind.

Berlin, 6. Februar. Nach einer zuverlässigen Meldung wurde im Hamburger Arbeiterrat am Dienstag bekanntgegeben, daß die Reichsregierung die sofortige Aufhebung der Beschlüsse an der Freiwirtschaft verlangt.

Aufhebung des Generalkriegs in Düsseldorf. Düsseldorf, 6. Februar. Zwischen dem Vollzugsrat des Arbeiterrates und den Vertretern der vereinigten Beamten- und Berufsorganisationen sind die Verhandlungen heute wieder aufgenommen worden.

Erfolg des Beamtenstreiks in Wülheim. Wülheim a. d. R., 5. Februar. Die Vereinigte Wülheimer Beamtenschaft und der angeschlossene Arbeiterverband der Post und Eisenbahn, sowie der Stadt legten heute morgen 5 Uhr aus Anlaß der Besetzung des Bahnhofs Wülheim-Eppinghofen durch die Wülheimer Sicherheitswehr und der damit verbundenen Freiheitsberaubung und Lebensbedrohung der Beamten und Arbeiter die Arbeit nieder.

Um 4 Uhr nachmittags hat eine große Versammlung der Wülheimer Arbeiterschaft aller sozialistischen Richtungen stattgefunden, in der die Führer der Mehrheitssozialisten, der Unabhängigen und Kommunisten sprachen.

Der „L.-A.“ meldet aus Essen a. d. R.: Der Streik der Beamtenschaft in Wülheim a. d. R. hat einen vollen Erfolg gehabt. Die Vertreter des A. und S.-Rates haben den Forderungen der Beamtenschaft entsprochen.

Der Anfang des Kommunismus. Essen (Ruhr), 6. Februar. Der Vollzugsrat in Ratingen ist bereits zur Enteignung des Großgrundbesitzes übergegangen. So benachrichtigte er den Besitzer des Schlosses Holtorf, Grafen Spee, im Namen des revolutionären Proletariats der Gemeinde Ratingen und auf Grund des zwar ungeschriebenen Gesetzes vom 9. November 1918, daß die auf den gräflichen Namen Spee eingetragenen Forsten und Landwirtschaften mit sämtlichem Zubehör jetzt Eigentum der Gemeinde geworden seien.

Die bolschewistische Gefahr. Danzig, 6. Februar. Hier ist der amerikanische Lebensmittelkontrollleur für Polen, Oberst Grube, eingetroffen. Er erklärte einem Pressevertreter, die bolschewistische Gefahr sei der deutschen Grenze näher, als man in Deutschland allgemein glaube.

Deutsches Reich

Die Polengefahr.

Berlin, 6. Februar. In den Morgenstunden des 4. Februar erfolgte ein polnischer Angriff, der mit vorgeschobenen Patrouillen an einzelnen Stellen bis an die Bahnlinie Lissa-Trachenberg durchstieß. In einem Gegenstoß wurde dem Gegner bis mittig das gewonnene Gelände zum größten Teil wieder entziffen.

Thorn, 6. Februar. Ein Zusammenstoß zwischen polnischen und deutschen Truppen fand nachts im Walde von Otłochin statt. Nach einem heftigen Gefecht zogen sich die polnischen Truppen zurück.

Verstärkte Waffenruhe mit den Polen. Berlin, 6. Februar. Nach einer amtlichen Meldung über die in Berlin in den letzten Tagen mit Vertretern des Ober-

sten polnischen Volksrates zu Posen stattgehabten Verhandlungen werden letztere auf zwei Wochen vertagt und während dieser Zeit die beiderseitigen Kampfhandlungen eingestellt.

Die Oberste Heeresleitung über die Lage im Osten.

Berlin, 6. Februar. Eine amtliche Mitteilung der Obersten Heeresleitung über unsere Truppen im Osten besagt: Seit dem 3. Februar liegt der Ostschub in der Hand der Obersten Heeresleitung. Die Lage ist vor allem im Baltikum immer noch sehr ernst. Zwar ist es gelungen, den Ansturm der Sowjettruppen im Windauabschnitt zunächst zum Stillstand zu bringen. Es liegen jedoch Anzeichen dafür vor, daß der Gegner nur Verstärkungen heranzieht, um dann seinen Vormarsch mit erneuter Kraft fortzusetzen.

Erzberger über die Lebensmittelversorgung.

Staatssekretär Erzberger äußerte sich über eine Reihe von Fragen, die mit dem Waffenstillstand in Verbindung stehen. Der Staatssekretär gab zunächst der Ansicht Ausdruck, daß sich die Aussichten für den Präliminarfrieden gebessert haben, daß aber eine Verlängerung des Waffenstillstandes noch einmal notwendig werden dürfte.

Ratholiken Dresdens u. Bauzens!

Wenn Ihr wollt, werdet Ihr unter den neuen Stadtverordneten Eure eigenen Vertreter haben. Die Wahlen am 9. Februar sind für Euch von allergrößter Bedeutung. Sagt es jedem Freund jedem Bekannten. Vollzählig erscheint zur Wahl!

Wählt in Dresden die Liste März! In Bauzen die Liste Brüger!

zwar aus England, eintreffen werden. Eine große Differenz ergibt sich bei der Bezahlung der feindlichen Lebensmittel. Wir brauchen monatlich für 900-1000 Millionen Mark bis zur Ernte, können aber nur 100 Millionen in Gold und 25 Millionen in Devisen bezahlen.

Die Regierung bleibt fest.

Der Staatssekretär Noske hat an den Soldatenrat in Erfurt telegraphiert, daß es in härtestem Widerspruch der Anordnungen der Reichsregierung und der Landesregierung stünde, daß in Erfurt Tausende von Gewehren an Zivilisten ausgehändigt worden sind.

Die Mehrheitssozialisten für die Regierung.

Weimar, 6. Februar. Die sozialistische Mehrheitspartei besprach am Mittwoch auch die Vorgänge in Bremen und billigte das Vorgehen der Regierung.

Aus Stadt und Land

Dresden, 7. Februar 1919. Das Stadtverordnetenkollegium trat am 6. Februar abends zum 1. Mal in seiner gegenwärtigen Zusammensetzung zu einer öffentlichen Sitzung zusammen.

Das Kollegium beschloß u. a. eine Erhöhung der elektrischen Strompreise um 50 Prozent und bewilligte eine sächsische Beihilfe von jährlich 25000 Mark an die Gesellschaft zur Förderung des Völkharmonischen Orchesters zunächst für das Jahr 1919 und bis auf weiteres.

Die sächsische Regierung und die Benden. In Bautzen fand die erste Verständigungskonferenz über die Wünsche der Benden statt, an denen Vertreter des Ministeriums des Innern und des Kultusministeriums teilnahmen.

Arbeiterkammern in Sachsen. Das sächsische Arbeitsministerium plant die Ausarbeitung einer Vorlage über die Bildung von Arbeiterkammern in Sachsen.

Heimkehr sächsischer Truppen. Dem Generalkommando XIX ist nachstehendes Telegramm aus Eydtkuhnen zugegangen: Das 1. Bataillon des Landwehr-Infanterieregiments 107 ist nach guter Fahrt auf deutschem Gebiete eingetroffen.

Ein Bankbetrüger ist in den letzten Monaten bei hiesigen und größeren auswärtigen Bankinstituten aufgetreten und hat versucht, mit 18 gefälschten Quittungen, die gefälschte Firmenkampeln und Unterschriften trugen, hohe Geldbeträge zu erschwindeln.

Im Anschluß an die Mitteilung, daß das Zentralkomitee der deutschen Vereine vom Roten Kreuz, Berlin SW. 11, Abgeordnetenhaus, Briefe und Postkarten zur Weiterbeförderung durch einen Offizier an unsere in Rumänien zurückgehaltenen Landsleute annimmt, gibt der Landesauskunft des Roten Kreuzes hierdurch bekannt, daß außerdem Postkarten für deutsche Kriegsgefangene in Rumänien in einem offenen Briefumschlag mit der Adresse: „An den amerikanischen Oberleutnant Herrn Parbour, Nordhotel, Breslau, zur Uebermittlung gesandt werden können.

Bittern, 6. Februar. Für die Aufhebung des Achtstundentages im Bergbau hat sich die Bitterner Handelskammer ausgesprochen. Gleichzeitig hat sie beschlossen, eine entsprechende Eingabe an die sächsische Regierung zu richten, in der betont werden soll, daß der Achtstundentag aus rein theoretischen Gründen und oft ganz gegen den Willen der Bergarbeiter, wie z. B. in Preußen, eingeführt worden sei.



